

Rechtsprechung und Verwaltung

Unternehmereigenschaft bei einer Internet-Auktion über eBay unter Verwendung eines Pseudonyms/Nicknamens

Bei der Lieferung von Gegenständen über die Internetplattform eBay ist Unternehmer derjenige, der als Verkäufer der Ware auftritt. Leistungserbringer im umsatzsteuerlichen Sinne ist, wer das bindende Verkaufsangebot auf der Internetplattform einstellt. Findet die Internet-Auktion ausschließlich unter Verwendung eines sogenannten „Nicknamens“ statt, dann ist leistender Unternehmer derjenige, der sich den anonymen Nutzernamen von dem Unternehmen „eBay“ bei Eröffnung des Nutzerkontos hat zuweisen lassen. Der Umstand, dass dem Erzeuger ein Bestätigungsschreiben – oder auch die Ware selbst – von einer anderen Person als derjenigen zugeht, die als „eBay“-Kontoinhaber hinter dem verwendeten Nicknamen steht, führt nicht dazu, dass der Verkäufer einseitig ausgewechselt wird.

(FG Baden-Württemberg v. 19. 12. 2013, 1 K 1939/12, rkr., B. L. 2014, 1014)

1. 1. 2012 keine Anwendung. Diese hat den Status eines assoziierten überseeischen Landes oder Hoheitsgebiets im Sinne des Vierten Teils des AEUV.

(BMF v. 20. 3. 2014, IV D 2 – S 7101-a/14/1001, Beck/Verw 283610)

Keine Organschaft in der Insolvenz

Aufgrund der nachfolgend dargestellten rechtlichen Erwägungen ist es ernstlich zweifelhaft, ob die Zusammenfassung mehrerer Personen zu einem Unternehmen durch die umsatzsteuerrechtliche Organschaft nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens fortbesteht: Bei richtlinienkonformer Auslegung entsprechend Art. 11 MwStSystRL führt die Organschaft gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG zu einer Verschmelzung zu einem einzigen Steuerpflichtigen. Auf Grund dieser Verschmelzung hat der Organträger als Unternehmer die Aufgabe als Steuereinnahmer für den gesamten Organkreis wahrzunehmen. Die Zusammenfassung zu einem Unternehmen führt dazu, dass der Organträger Steuerschuldner für alle Leistungen ist, die Unternehmensteile des Organkreises gegenüber Dritten erbringen. Die Organschaft ist demnach nicht

Bericht aus Brüssel

Seit dem letzten Bericht (MwStR 2013, 392) haben sich auf EU-Ebene einige Änderungen ergeben. So haben sowohl Frankreich wie auch Zypern jeweils mit Wirkung zum 1. 1. 2014 den Regelsatz und den ermäßigten Steuersatz erhöht.¹ Zudem gibt es auf EU-Ebene einige wichtige Vorhaben, über die im Folgenden kurz berichtet werden soll.

1. EU-Kommission

1.1 Vertragsverletzungsverfahren

Die Kommission hat seit dem letzten Bericht² eine Reihe weiterer Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. So forderte sie Italien auf, seine Bestimmungen zu Nebenkosten bei Mehrwertsteuerbefreiungen zu überprüfen.³ Des Weiteren hat die Kommission Zypern aufgefordert, die Mehrwertsteuervorschriften für die Rechnungstellung einzuhalten.⁴ Schweden wurde von der Kommission hingegen mittlerweile verklagt, weil Schweden entgegen Art. 132 MwStSystRL bestimmte Postdienstleistungen der Mehrwertsteuer unterwerfe.⁵ Inzwischen hat die Kommission wegen der reduzierten Mehrwertsteuersätze für Medizin- und Brandschutzprodukte Klage gegen Polen erhoben.⁶

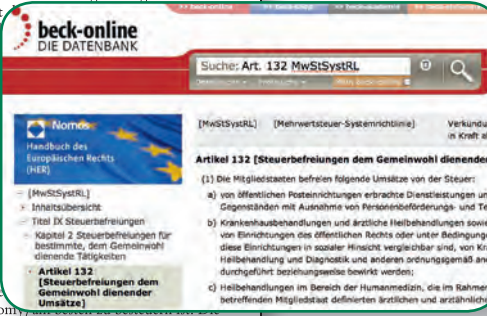
eine Überprüfung und Änderung der Mehrwertsteuervorschriften für den öffentlichen Sektor angekündigt.⁷

Die Kommission hat in Auftrag gegeben und Staaten im Rahmen der Steuer⁸ sowie mit Sachverständigen-Expertengruppensitzungen die Kommission als Seminar. Beiträge können werden. Die Kommission entsprechenden Richtlinien in Deutschland beschaffenanzverwaltung auf Bur

1.3 Expertengruppe für Wirtschaft

Mit Beschluss vom 2. März 2014 hat die Expertengruppe für Wirtschaft (digital economy) eine siebenköpfige Expertengruppe⁹ unter Vorsitz von Vítor Gaspar, dem ehemaligen Finanzminister Portugals, kam bereits am 12. 12. 2013 zu einer ersten Sitzung zusammen. Eine Rückmeldung an die Kommission soll in der ersten Jahreshälfte 2014 erfolgen.

Der EuGH hat in der Entscheidung C-105/13 (MwStR 2013, 392) entschieden, dass die Organschaft nicht



Den Wortlaut z.B. der MwStSystRL finden Sie per Mausklick in beck-online.

Aufsätze

Wie telekommunikations-, kulturelle und fernsehdienstleistungen an Nichtunternehmer sind dann nicht mehr im Mitgliedstaat des Dienstleisters der Umsatzsteuer zu unterwerfen, sondern auf Basis des Bestimmungslandprinzips im Mitgliedstaat des Kunden. Diese Regelung ist ab 1. 1. 2015 auf der Grundlage der europäischen Mehrwertsteuersystemrichtlinie einheitlich von allen Unternehmen in der EU anzuwenden. Für deutsche Unternehmer bedeutet dies, dass sie elektronische Dienstleistungen an Privatpersonen im EU-Ausland mit der Umsatzsteuer des jeweiligen Bestimmungslandes in Rechnung stellen müssen. Um zu vermeiden, dass sich die betroffenen Dienstleister in jedem EU-Mitgliedstaat, in dem sie Dienstleistungen an Privatkunden erbringen, umsatzsteuerlich registrieren und die Umsatzsteuer dort abführen müssen, wird zeitgleich ein vereinfachtes Besteuerungsverfahren eingeführt, die sogenannte „kleine einzige Anlaufstelle“ (KEA oder MOSS = Mini-One-Stop-Shop). Auf die betroffenen Unternehmen kommen durch diese vergleichsweise einfache und überschaubare Anpassung des Umsatzsteuergesetzes erhebliche praktische Änderungen in der Geschäftsabwicklung zu, die entsprechender Vorbereitung bedürfen.

1. Einführung

Die Änderungen in der Besteuerung elektronischer Dienstleistungen ab 2015 sind die vorerst letzte

2. Definition elektronischer Dienstleistungen

Eine elektronische Dienstleistung ist eine Dienstleistung, die über ein elektronisches Netz erbracht wird. Grund ihrer Art im Wesentlichen nur mit minimaler menschlicher Beteiligung erfolgen bzw. ohne Informationstechnologie nicht möglich wären.¹ Diese Definition findet sich fast wortgleich in Abschn. 3a.12 Abs. 1 UStAE. Auf elektronischem Weg erbrachte sonstige Leistungen umfassen, danach im Wesentlichen:

- Digitale Produkte, wie z. B. Software und zugehörige Änderungen oder Updates,
- Dienste, die in elektronischen Netzen eine Präsenz zu geschäftlichen Zwecken haben, wie z. B. Webinare, Webcasts, etc.



Alle Vorschriften können Sie schnell und bequem in beck-online abrufen.

Rechtsprechung

EuGH-Entscheidungen

Kein Vorsteuerauszug des Gründungsgesellschafters einer GbR für Erwerb eines der GbR unentgeltlich überlassenen Gegenstands

Richtlinie 77/388/EWG Art. 2 Nr. 1, Art. 4 Abs. 1 und 2, Art. 17 Abs. 2 Buchst. a, Art. 22 Abs. 3 Buchst. a Unterabs. 6; UStG § 1 Abs. 1 Nr. 1 S. 1, § 2 Abs. 1, § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 1, § 15 Abs. 2 S. 1 Nr. 1

Art. 4 Abs. 1 und 2 sowie Art. 17 Abs. 2 Buchst. a der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. 5. 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: einheitliche steuerpflichtige Bemessungsgrundlage in der durch die Richtlinie 95/7/EG des Rates vom 10. 4. 1995 geänderten Fassung sind unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Neutralität der Mehrwertsteuer dahin auszulegen, dass ein Gesellschaftler einer Steuerberatung-GbR, der von dieser einen Teil des Mandantenstamms nur zu dem Zweck erwirbt, diesen unmittelbar an

dantenstamms übernahm, ab dem 1. 1. 1995 jeweils in der

10 Zum 31. 12. 1994 Herr Malburg zu 95 % (beteiligung). Nach den das vorläufige erstinstanzliche Gericht der Gesellschaft den von ihm übernommenen Mandantenstamms Nutzung.

11 Mit Urteil vom 24. 10. 2014 hat das Gericht festgestellt, dass die Alt-Gesellschaft aufgelöst worden sei. Die Alt-Gesellschaft Umsatzsteuer-Mandantenstamms fest. Die bestandskräftig und die Umsatzsteuer-Mandantenstamms fest.

12 Die Alt-Gesellschaft hat am 16. 8. 2004 für die Rechnung zum 31. 12. 1994 eine Rechnung i. H. von 1 548 968,53 Euro mit gesondertem Umsatzsteuerausweis aus.

13 In seiner Umsatzsteuer-Voranmeldung für August 2004 machte Herr Malburg die ihm für den Erwerb des Mandantenstamms i. H. von 232 345,28 Euro in Rechnung gestellte Umsatzsteuer als Vorsteuer geltend.



Den Volltext der zitierten Richtlinie holen Sie sich einfach in beck-online.

Report

Im Schnelldurchgang durch die mehrwertsteuerrechtlichen Entwicklungen seit der letzten Ausgabe. Die wichtigsten Entwicklungen finden Sie mit einer ersten Einordnung auch bereits im weiteren Heftinhalt.

Bericht aus Brüssel

In Brüssel ist in Sachen Mehrwertsteuer einiges in Bewegung. Damit Sie orientiert sind, berichten wir in regelmäßigen Abständen über die neuesten Entwicklungen aus der europäischen Schaltzentrale.

Aufsätze

Wo stehen wir bei dem ein oder anderen Thema? Wo existiert Handlungsbedarf in der Beratung oder auf Seiten der Gesetzgebung oder der Verwaltung? Liefern Gerichtsentscheidungen Lösungen oder Probleme? Das sind die Fragen, auf die unsere Aufsatzautoren Antworten geben.

Rechtsprechung und Verwaltung

Die wichtigen aktuellen Entscheidungen und Verwaltungsverlautbarungen finden Sie hier weitgehend im Volltext und mit einer »Ersten Einordnung«. Das, was Sie als Umsatzsteuer-Experte aktuell auf jeden Fall zur Kenntnis nehmen sollten: ausführlich und schon kurz kommentiert!